

Univ.-Prof. Dr. Thomas Eichner

31901

Öffentliche Ausgaben

Leseprobe

Einheit 2
Public Choice

Fakultät für
Wirtschafts-
wissenschaft

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Überblick	2
1.1	Allgemeines	2
1.2	Public Choice als Erklärungsansatz der Staatstätigkeit	2
1.2.1	Problemstellung	2
1.2.2	Die Dominanz der distributiven Perspektive	4
1.2.3	Erklärungsansätze mit je einem Haupteinflussfaktor	5
1.2.4	Ansatzpunkte integrierter Analysen	9
1.2.5	Die Rolle wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung	11
2	Wahlen und kollektive Entscheidungen	14
2.1	Einleitung	14
2.2	Arrows Unmöglichkeitstheorem	15
2.2.1	Individuelle Präferenzen und kollektive Entscheidungsregeln	15
2.2.2	Das Condorcet-Paradoxon	17
2.2.3	Das Arrow-Theorem	18
2.3	Die Mehrheitsregel	20
2.4	Alternativen zur Mehrheitsregel	23
2.4.1	Die Borda-Regel	23
2.4.2	Plurality Voting	25
2.4.3	Approval Voting	25
2.4.4	Runoff Voting	27
2.5	Abschließende Bemerkung	28
3	Mehrheitswahlen und öffentliche Güter	31
3.1	Darstellung des Bowen-Modells	31
3.2	Einkommen und die „Idealversorgung“ mit öffentlichen Gütern	38
3.3	Normative Eigenschaften eines Mehrheitswahlgleichgewichts	43
3.3.1	Allokationseffizienz des Mehrheitswahlgleichgewichts	43
3.3.2	Anreizverträglichkeit	49
3.3.3	Der Satz von Rae und Taylor	51
4	Mehrheitswahl und Umverteilung	55

4.1	Abstimmung über eine nivellierende Einkommensumverteilung . . .	56
4.2	Abstimmung über die Progression einer Einkommensteuer bei gegebenem Ausgabenvolumen, aber endogen bestimmtem Arbeitseinkommen	65
5	Folgen mehrgipfliger Präferenzen im eindimensionalen Politikraum	72
5.1	Das Bowen-Modell mit drei Alternativen	72
5.2	Das Wahlparadoxon (Marquis de Condorcet)	76
5.3	Eingipflige Präferenzen im zweidimensionalen Politikraum	82
6	Der Staat als Leviathan	88
6.1	Einleitung	88
6.2	Grundmodell und Allokationseffizienz	89
6.3	Die Produktionstätigkeit einer staatlichen Behörde	91
7	Einfluss von Interessengruppen im politischen Prozess	97
7.1	Ein Modell lokaler Güter	98
7.2	Die effiziente Allokation	99
7.3	Das Common-Pool-Problem	101
7.4	Das legislative Verhandlungsmodell	103
7.5	Lobbying	108
8	Einfluss von Interessengruppen im politischen Prozess nach Becker	115
8.1	Das Modell	115
8.2	Das Spiel der Interessengruppen	119
8.3	Analyse und Ergebnisse	123
9	Literatur	134
10	Lösungen zu den Übungsaufgaben	137

2.4 Alternativen zur Mehrheitsregel

Neben der Mehrheitsregel werden sogenannte Rangordnungsverfahren bei kollektiven Entscheidungen häufig angewendet. Zu den Rangordnungsverfahren gehört die einfache Mehrheitsregel (*plurality voting*), die Anerkennungs-Regel (*approval voting*) und die *Borda-Regel*. Jedes der Rangordnungsverfahren wählt diejenige Alternative aus, welche die meisten Punkte erhält. Bei dem Plurality-Voting gibt jede Person seiner Lieblingsalternative – auch Erstpräferenz genannt – genau einen Punkt, während alle anderen Alternativen 0 Punkte erhalten. Die einzige Information, die hier benötigt wird, ist, welche Alternative die Lieblingsalternative des Wählers ist. Bei dem Approval Voting können die Wähler mehreren Alternativen einen Punkt geben - und zwar so vielen oder wenigen Alternativen, wie sie wollen. Bei der Borda-Regel geben die Wähler ihrer Lieblingsalternative die meisten Punkte, und dann erhalten die Alternativen immer weniger Punkte bis hin zur schlechtesten Alternative, die am wenigsten Punkte erhält.

2.4.1 Die Borda-Regel

Bei m Alternativen erhält bei der Borda-Regel die Lieblingsalternative eines Wählers m Punkte, die Zweitpräferenz $m - 1$ Punkte, usw., bis zur Alternative, die der Wähler am schlechtesten findet und 1 Punkt erhält. Anschließend werden über alle Wähler alle Punkte einer Alternative aufaddiert, und diejenige Alternative mit den meisten Punkten gewinnt. Es stellt sich nun die Frage, welches der Arrow-Axiome verletzt wird.

Nehmen wir an, es gibt 7 Wähler, deren Präferenzen über die drei Alternativen a, b, c in Tabelle 2 dargestellt werden. D.h. die Wähler 1, 2, 3 haben a als Erstpräferenz, b als Zweitpräferenz und schätzen c am schlechtesten ein.

Wähler	Präferenzordnung
$i = 1, 2, 3$	$aP_i bP_i c$
$i = 4, 5$	$cP_i aP_i b$
$i = 6, 7$	$bP_i cP_i a$

Tabelle 2: Borda-Wahl

Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass bei Anwendung der Mehrheitsregel ein Zyklus entstehen würde:

- 5 von 7 Wählern bevorzugen a gegenüber b ($aP^M b$),
- 5 von 7 Wählern bevorzugen b gegenüber c ($bP^M c$)
- und 4 von 7 Wählern bevorzugen c gegenüber a ($cP^M a$).

Wendet man hingegen die Borda-Regel an, so ist leicht zu erkennen, dass die Alternative a mit drei Erstplazierungen, zwei Zweitplazierungen und zwei Drittplazierungen ($3 \cdot 3 + 2 \cdot 2 + 2 \cdot 1 = 15$) mit insgesamt 15 Punkten der Gewinner ist. Die Alternative b erhält 14 Punkte, während die Alternative c 13 Punkte erhält. Die Borda-Regel liefert die Rangordnung $aP^B bP^B c$, wobei P^B für die Borda-Präferenz steht.

Wähler	Präferenzordnung
$i = 1, 2, 3$	$dP_i aP_i bP_i c$
$i = 4, 5$	$cP_i dP_i aP_i b$
$i = 6, 7$	$bP_i cP_i dP_i a$

Tabelle 3: Unabhängigkeit von irrelevanten Alternativen

Führen wir nun eine vierte Alternative d ein. Für die Wähler $i = 1, 2, 3$ wird die Alternative d zur Erstpräferenz, während alle anderen Wähler c gegenüber d präferieren, wobei c vorher (ohne die Alternative d) die schlechteste Alternative nach der Borda-Regel war. Die neuen Präferenzordnungen sind in Tabelle 3 aufgelistet. Berechnen wir für die Präferenzordnungen der Tabelle 3 die Punkte mit Hilfe der Borda-Regel (nun mit Punkten 1 bis 4), ändert sich das Ergebnis der Wahl. d ist der Gewinner mit 22 Punkten, c erhält 17 Punkte, b 16 Punkte und a 15 Punkte. Nach der Borda-Regel erhalten wir somit die Rangordnung $dP^B cP^B bP^B a$. Durch die Hinzunahme der Alternative d hat sich die Rangordnung der ursprünglichen Alternativen – jetzt $cP^B bP^B a$, vorher $aP^B bP^B c$ – genau umgekehrt. Die Umkehrung zeigt, dass die Borda-Regel das Axiom der Unabhängigkeit der irrelevanten Alternativen (I) verletzt. Das Beispiel illustriert allerdings auch, welche Bedeutung das Axiom I bei der Manipulation von kollektiven Entscheidungen spielt. Durch Hinzunahme von neuen Alternativen ist es möglich, die „ursprüngliche“ Gruppenpräferenz auf den Kopf zu stellen.

Wähler	Präferenzordnung
1	$aP_1cP_1bP_1dP_1e$
2	$aP_2bP_2eP_2dP_2c$
3	$dP_3bP_3aP_3eP_3c$
4	$eP_4dP_4bP_4cP_4a$
5	$bP_5eP_5cP_5dP_5a$

Tabelle 7: Präferenzordnungen der Übungsaufgabe 1

- Wie lautet der Condorcet-Gewinner?
- Welche Alternative wird nach dem Plurality Voting gewählt? Wird dabei die Alternative a der Alternative b vorgezogen?
- Prüfen Sie durch den Wegfall der Alternativen d und e , ob die Entscheidungsregel Plurality Voting die Bedingung I verletzt?

Übungsaufgabe 2: Gegeben sind die in Tabelle 8 dargestellten Präferenzordnungen der Wähler $i = 1, 2, \dots, 7$ hinsichtlich der vier Alternativen w, x, y, z .

Wähler	Präferenzordnung
$i = 1, 2$	$wP_iyP_izP_ix$
3	$yP_3wP_3xP_3z$
4	$yP_4xP_4zP_4w$
$i = 5, 6$	$zP_izP_iyP_ix$
7	$xP_7yP_7wP_7z$

Tabelle 8: Präferenzordnungen der Übungsaufgabe 2

- Ermitteln Sie die Gruppenpräferenz nach der Mehrheitsregel. Welche Alternative ist der Condorcet-Gewinner?
- Welche Alternative wird nach der Borda-Regel gewählt? Was fällt Ihnen auf?

Übungsaufgabe 3: Betrachten Sie eine Situation, in der 13 Wähler die in der Tabelle 9 dargestellten Präferenzordnungen bzgl. der Alternativen k, l, m, n aufweisen.

4.1 Abstimmung über eine nivellierende Einkommensumverteilung

Es sei wie bisher y_i das exogene Einkommen vor Steuern des Bürgers i , $i = 1, \dots, n$. Die Regierung beabsichtigt, eine Einkommensteuer mit dem konstanten Steuersatz t einzuführen, und mit den Einnahmen aus dieser Steuer sollen zwei Arten von Ausgaben getätigt werden:

- (i) Ausgaben für eine gegebene Menge eines öffentlichen Gutes $g := pz$. (Im Bowen-Modell war die Wahl der Menge des öffentlichen Gutes das zu lösende Problem).
- (ii) Ausgaben für einen monetären Transfer r , den jeder (Steuer-)Bürger erhält.

Für die Modellergebnisse wird sich die Annahme des konstanten Staatsbudgets als bedeutsam herausstellen. Im Bowen-Modell des vorigen Abschnitts bestimmte die Endogenisierung des allokativen Staatsbudgets bei der Mehrheitswahl die Höhe des Steuersatzes, während jetzt für die Wahl des Steuerparameters primär Verteilungsaspekte relevant sind. Die allokativen Staatsausgaben konstant zu setzen, scheint auf den ersten Blick restriktiv zu sein, aber die Realität zeigt, dass in den letzten Jahrzehnten gerade die redistributiven Staatsausgaben stark angewachsen sind, während die übrigen (allokativen) Ausgaben annähernd konstant geblieben sind. Deshalb ist $g = pz$ vielleicht keine so schlechte Approximation.

Die – im Vorzeichen nicht beschränkte – Steuerlast des Bürgers i ist also

$$\theta(y_i) := ty_i - r. \quad (1)$$

Das Staatsbudget ist genau dann ausgeglichen, wenn

$$\sum_j \theta(y_j) = g. \quad (2)$$

Durch Berücksichtigung von (1) in (2) ergibt sich

$$r = t\bar{y} - \frac{g}{n} \quad \text{mit} \quad \bar{y} := \frac{\sum_j y_j}{n}. \quad (3)$$

Da g, n und \bar{y} konstant sind, bedeutet (3), dass die beiden Steuerparameter r und t linear abhängig sind, so dass nur einer von beiden frei wählbar ist. Wir wählen

hier t . Substitution von r aus (3) führt zu

$$\theta(y_i) = (y_i - \bar{y})t + \frac{g}{n}. \quad (4)$$

Unter Berücksichtigung dieser Gleichung ermitteln wir das verfügbare Einkommen des Bürgers i als

$$X^i(t) := y_i - \theta(y_i) = \frac{ny_i - g}{n} - (y_i - \bar{y})t. \quad (5)$$

Das Ziel unserer Überlegungen ist zu untersuchen, welcher Steuersatz durch Mehrheitswahl implementiert wird. Bevor wir aber über t abstimmen lassen, ist es nützlich, die Steuerlast $\theta(y_i)$ aus (1) noch einmal etwas näher zu betrachten.

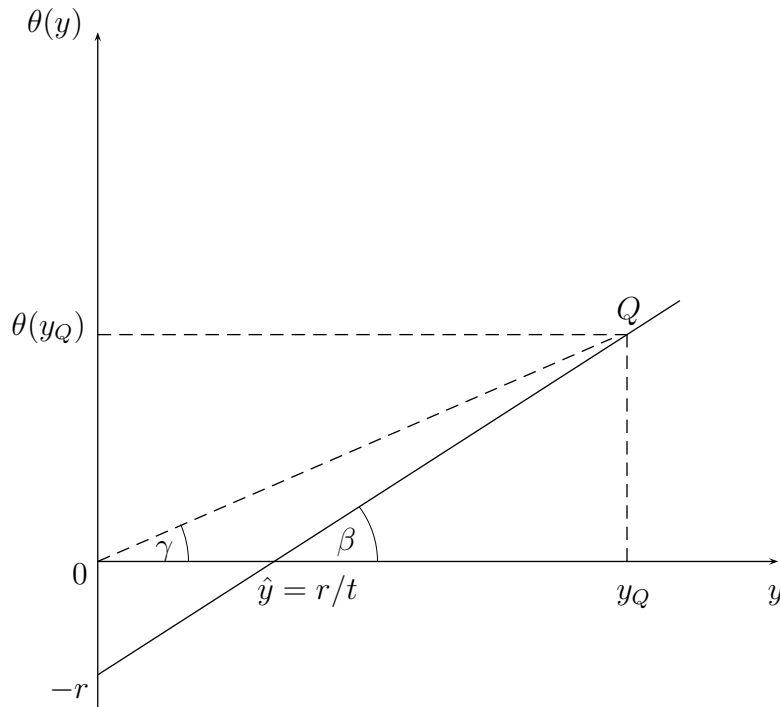


Abbildung 1: Lineare Einkommensteuer mit Steuerprogression

Die Steuerfunktion (1) ist so konstruiert, dass Personen mit einem Einkommen unter $\hat{y} := r/t$ einen negativen Steuerbetrag zu zahlen haben, also einen Transfer („Sozialhilfe“) erhalten. Der Grenzsteuersatz t ($= \tan \beta$ in Abbildung 1) ist zwar konstant, aber er ist größer als der Durchschnittssteuersatz $\theta(y)/y$ ($= \tan \gamma$ in Abbildung 1 für $y = y_Q$). Die Progression lässt sich formal z. B. durch das Progressionsmaß

$$\pi(y) := \frac{d\theta}{dy} \cdot \frac{y}{\theta(y)} \quad (6)$$

ist, der nicht für beides ausreicht: die Finanzierung von g (die obligatorisch ist) und eine Redistribution ($r > 0$). Also kann $r < 0$ optimal sein.

Übungsaufgabe 6: Eine Ökonomie umfasse drei Bürger i ($i = 1, 2, 3$) mit den exogenen monatlichen Einkommen $y_1 = 1800$, $y_2 = 3200$ sowie $y_3 = 4000$ Euro. Der Einkommensteuertarif ist charakterisiert durch einen konstanten Steuersatz von $t = 0.25$ sowie den dazugehörigen Pauschaltransfer r . Die Regierung stellt ein öffentliches Gut bereit, welches mit jährlichen Kosten von 7200 Euro zu Buche schlägt.

- (a) Ermitteln Sie das durchschnittliche Einkommen \bar{y} , die Höhe des Pauschaltransfers r sowie die verfügbaren Einkommen $X^i(0.25)$ auf monatlicher Basis.
- (b) Beschreiben Sie knapp, auf welche Weise eine monatliche Umverteilung der Einkommen erfolgt.

Übungsaufgabe 7: In einer Ökonomie gibt es drei Bürger $i = 1, 2, 3$ mit den exogenen jährlichen Einkommen $y_1 = 42000$, $y_2 = 51600$ sowie $y_3 = 25200$ Euro. Der konstante Einkommensteuersatz beträgt $t = 0.2$. Das Steueraufkommen dient zur Finanzierung des Pauschaltransfers r sowie eines öffentlichen Gutes, das die Regierung zu den monatlichen Kosten $g = 630$ Euro bereitstellt. Die Finanzierungskosten des öffentlichen Gutes werden von den Bürgern zu gleichen Teilen getragen.

- a) Ermitteln Sie durchschnittliches Einkommen \bar{y} , Medianeinkommen \tilde{y} sowie die verfügbaren individuellen Einkommen $X^i(0.2)$ auf monatlicher Basis. Charakterisieren Sie knapp, auf welche Weise eine Umverteilung stattfindet. Vergleichen Sie dies mit der Situation, in der die Kosten g für das öffentliche Gut um 20 Prozent gestiegen sind.

Gehen Sie im Weiteren davon aus, dass die individuellen Einkommen endogen bestimmt werden. Der jeweilige Nutzen der Individuen $i = 1, 2, 3$ wird repräsentiert durch die Funktion

$$u_i = U^i(x_i, f_i, z)$$

mit den partiellen Ableitungen $U_x^i > 0$, $U_f^i > 0$, $U_z^i > 0$. Dabei stellen x_i und z die nachgefragten Mengen des Konsumgutes X sowie des öffentlichen Gutes Z dar.

10 Lösungen zu den Übungsaufgaben

Übungsaufgabe 1:

- (a) Es wird diejenige Alternative als Condorcet-Gewinner bezeichnet, welche im paarweisen Vergleich mit jeder anderen Alternative die absolute Mehrheit erhält. Alternative a erhält im paarweisen Vergleich mit b , c , d und e jeweils 2, 3, 2 und 3 Stimmen. Da die Alternative a also gegen b und d verliert, kann sie nicht der Condorcet-Gewinner sein. Alternative b erhält im Vergleich mit a , c , d und e jeweils 3, 4, 3 und 4 Stimmen. Demnach ist die Alternative b der Condorcet-Gewinner.
- (b) Nach dem Plurality Voting erhält jeweils die Erstpräferenz des einzelnen Wählers eine Stimme und es gewinnt diejenige Alternative, die die meisten Stimmen auf sich vereint. Hier erhält Alternative a 2 Stimmen, b 1 Stimme, c keine und d 1 Stimme. Daher wird Alternative a gewählt, welche dem Condorcet-Gewinner b somit vorgezogen wird.
- (c) Stehen die Alternativen d und e nicht mehr zur Verfügung, erhält man folgende Präferenzordnungen:

Wähler	Präferenzordnung
1	aP_1cP_1b
2	aP_2bP_2c
3	bP_3aP_3c
4	bP_4cP_4a
5	bP_5cP_5a

Tabelle 1: Präferenzprofil ohne die Alternativen d und e

Bei Anwendung des Plurality Voting erhält nun Alternative a 2 Stimmen und Alternative b 3 Stimmen. Durch den Wegfall der für das ursprüngliche Resultat irrelevanten Alternativen d und e ist eine Umkehrung der Gruppenpräferenz herbeigeführt worden. Die Bedingung I wird daher verletzt.

- (b) Auf Basis der im Aufgabenteil (b) ermittelten Werte lässt sich die monatliche Umverteilung der Einkommen charakterisieren. Es wird Einkommen von den Individuen 2 und 3 zum Individuum 1 umverteilt, da letzteres ein Einkommen unterhalb des Durchschnittseinkommens bezieht, während das Einkommen der anderen beiden oberhalb des Durchschnitts liegen. Anders interpretiert, wenden die Personen 2 und 3 insgesamt 700 Euro von ihrem Einkommen auf, um die Kosten g des öffentlichen Gutes zu tragen und der Person 1 netto einen Transfer von 100 Euro zu geben.

Übungsaufgabe 7:

- a) Zunächst werden die monatlichen Einkommen ermittelt:

$$\begin{aligned} y_1 &= \frac{42000}{12} = 3500, \\ y_2 &= \frac{51600}{12} = 4300, \\ y_3 &= \frac{25200}{12} = 2100. \end{aligned}$$

Daraus ergeben sich ein monatliches Durchschnittseinkommen von

$$\bar{y} = \frac{2100 + 4300 + 3500}{3} = 3300.$$

Das Medianeinkommen ist definiert als das mittlere Einkommen \tilde{y} über alle Bürger. In diesem Fall gilt:

$$\tilde{y} = 3500,$$

und somit handelt es sich bei Individuum 1 um den Medianwähler. Daraus ergibt sich ein Pauschaltransfer in Höhe von $r = 0.2 \cdot 3300 - \frac{630}{3} = 450$ sowie die folgenden verfügbaren Einkommen $X_i(t) = y_i - (y_i - \bar{y})t - \frac{g}{3}$:

$$\begin{aligned} X_1(0.2) &= 3500 - (3500 - 3300) \cdot 0.2 - 210 = 3250, \\ X_2(0.2) &= 4300 - (4300 - 3300) \cdot 0.2 - 210 = 3890, \\ X_3(0.2) &= 2100 - (2100 - 3300) \cdot 0.2 - 210 = 2130. \end{aligned}$$

Ein Vergleich mit den Vorsteuereinkommen y_i zeigt nun, dass Einkommen von den Individuen 1 und 2 zum Individuum 3 umverteilt wird, da letzteres ein Einkommen unterhalb des Durchschnittseinkommens bezieht. Die beiden Individuen 1 und 2 verdienen dagegen überdurchschnittlich und wenden